



Juni 2020



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wie ihr alle sicherlich merkt leben wir immer noch nicht wieder in „normalen Zeiten“. Leider müssen wir unser traditionelles Sommergrillen in diesem Jahr absagen. Das hatte ich euch bereits per angekündigt. Dennoch steht Hamburg politisch nicht still. Neben den Herausforderungen rund um die Coronavirus-Pandemie musste der Wille der Wählerinnen und Wähler nach der Bürgerschaftswahl vom 23. Februar 2020 umgesetzt werden. Rund 100 Tage nach der Wahl steht der Koalitionsvertrag und damit die neue Koalition von SPD und Grünen in Hamburg. Unser Erster Bürgermeister hat klar gemacht, dass jetzt vieles gleichzeitig angepackt werden muss. Und genau darin liegt aber auch unsere Chance: Denn wir nutzen die Chance große Schritte hin zu einer modernen, wirtschaftlich starken, sozialen und klimaneutralen Stadt zu machen, die in die Zukunft für alle investiert.

Die Krise und die Herausforderungen überwinden wir dauerhaft nur mit einer starken Stadt, die zusammenhält. Deshalb müssen wirtschaftliche Stabilisierung und Investitionen in die gesamte Infrastruktur der Stadt, ob Verkehr, Schulen, Kitas eine starke Einheit bilden. Dabei müssen wir auch den Klima- und Umweltschutz im Blick haben.

Ich bin sicher, wenn wir alle Zusammenhalten in unserer modernen, weltoffenen Stadt, mit

starker sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Stabilität, eine Stadt, in der wir für noch mehr Chancengerechtigkeit sorgen, die das Klima schützt und gute Jobs anbietet, dann kommen wir gut durch die kommenden Jahre.

Wir können sehr zufrieden sein mit den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen.

Und wir sehen, es wirkt, wenn ein Koalitionsvertrag eine deutliche sozialdemokratische Handschrift trägt und Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Verantwortung für unsere Stadt übernehmen. Auf den nächsten Seiten findet ihr eine Zusammenfassung über den Koalitionsvertrag und einen Kommentar zu diesem und dem Personalvorschlag des Bürgermeisters.

Im kommenden „Roten Dorfplatz“ gehen wir dann näher auf die gigantischen Konjunkturprogramme der EU und des Bundes ein.

Viel Spaß beim lesen!

**Mit solidarischen Grüßen**

**Andreas Ernst**



Distrikt  
Bramfeld-Süd

**SPD**

## Themen:

Koalitionsvertrag	Seite 2
Kommentar Koalitionsvertrag	Seite 6
Peter Tschentscher	Seite 7



Webseite: [sued.spd-bramfeld.de](http://sued.spd-bramfeld.de)

### Impressum (V.i.S.d.P):

SPD Bramfeld-Süd  
c/o Andreas Ernst  
Seekamp 18  
22177 Hamburg

**SPD**

**Bramfeld - Süd**

Kontakt und Information:  
SPD Bramfeld-Süd  
[www.spd-bramfeld.de](http://www.spd-bramfeld.de)



E-Mail:  
[sued@spd-bramfeld.de](mailto:sued@spd-bramfeld.de)



### Koalitionsvertrag Ein Überblick

### Zuversichtlich, solidarisch, nachhaltig – Hamburgs Zukunft kraftvoll gestalten

Von: **Andreas Ernst**

**Liebe Genossinnen, liebe Genossen,**  
auf den Tag genau 100 Tage nach der Bürger-schaftswahl vom 23. Februar haben wir als Hamburger SPD und die Grünen den neuen Koalitionsvertrag für die kommende Legisla-turperiode vorgestellt. ‚Zuversichtlich, solida-risch, nachhaltig – Hamburgs Zukunft kraftvoll gestalten‘ unter dieses Motto stellen SPD und Grüne ihre Regierungsarbeit der kommenden fünf Jahre.

Unser Erster Bürgermeister Peter Tschent-scher (SPD) betonte bei der Vorstellung des Koalitionsvertrages, dass zu den großen Zu-kunftsthemen der Stadt die Corona-Pandemie gekommen sei und diese die Koalitionsver-handlungen und den Blick auf die kommenden Jahre stark mitgeprägt hat. Tschentscher be-tonte nachdrücklich, dass es auch weiterhin gilt, Hamburg als Zukunftsstadt zu gestalten und mit neuen Impulsen in die 20er Jahre zu führen. Dem Klimawandel müssen ebenso Rechnung getragen werden wie der wirt-schaftlichen Stabilität und Verlässlichkeit, in-dem die erfolgreiche Arbeit des SPD geführten Senates der letzten Legislaturperio-de fortgesetzt wird. Als Schwerpunkte für Inves-titionen in der kommenden Legislaturperiode benannten die möglichen Koalitionspartner die Bereiche Verkehrsinfrastruktur, Klima-schutz und Bildung. Neben den genannten Schwerpunkten bleibt der Wohnungsbau, In-vestitionen in die Infrastruktur Hamburgs und eine Verbesserung des Angebots von Bus und Bahn mit dem Ziel eines Hamburg-Takts prioritäre Aufgaben. Viele Themen in den Ver-

#### Koalitionsvertrag

über die Zusammenarbeit

in der 22. Legislaturperiode der Hamburgischen Bürgerschaft

zwischen der

SPD, Landesorganisation Hamburg

und

Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Hamburg

handlungen waren unstrittig und konnten einträchtig geklärt werden. Dies bezieht sich vor allem auf die Bereiche Finanzen, Arbeit, Soziales und Schulpolitik. In vielen Berei-chen trägt der Koalitionsvertrag eine deut-liche sozialdemokratische Handschrift.

Im Bereich Finanzen will der SPD-Finanzse-nator Dr. Andreas Dressel (SPD) ein eigenes Corona-Konjunkturprogramm für die Hanse-stadt auflegen. Geplant ist ein Wirtschafts-stabilisierungsfonds mit einem Volumen von rund einer Milliarde Euro. Dieser landeseige-ne Wirtschaftsstabilisierungsfonds gilt als Ergänzung zum Konjunkturprogramm des Bundes und soll sich auch auf kleinere und mittlere Betriebe konzentrieren.

Diese sollen durch Kreditgarantien oder öf-fentliche Beteiligungen unterstützt werden. Dafür werde bis zum Herbst ein Sonderver-mögen aufgelegt.

Auch einigten sich SPD und Grüne darauf, dass alle neuen Projekte aus den Verhand-lungen unter Finanzierungsvorbehalt stehen.

Bei dem Thema Bildungspolitik setzen SPD und Grüne auf eine verlässliche Weiterfüh-rung der guten Politik der Schulbehörde. Die wichtigste Botschaft für den Bereich der Hamburger Bildungspolitik ist, dass in den nächsten fünf Jahren keine Einsparungen erfolgen werden. Am Schulentwicklungsplan wird der Senat festhalten, und den Bau von 44 neuen und den Ausbau weiterer 100 Schulen wie angekündigt voranbringen.



Ein weiteres wichtiges Thema ist die Digitalisierung der Bildung. Hier sollen weitere rund 125 Millionen Euro in die Hamburger Schullandschaft investiert werden.

Die bisher 30 geförderten Schulen aus dem Hamburger Programm sollen noch einmal um zehn weitere Schulen aufgestockt werden.



Außerdem sollen Grundschullehrer und -lehrerinnen wie geplant mehr Geld bekommen. Ziel ist es, dass Schulsystem noch leistungsfähiger und noch gerechter zu machen, damit nicht die Herkunft einer Schülerin oder eines Schülers über seine Bildungschancen entscheidet.

Mit wichtigen Infrastrukturentscheidungen wollen die zukünftigen Koalitionsparteien Hamburgs Wirtschaft stärken und den Ausbau des ÖPNV und die Mobilitätswende vorantreiben. So soll der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs mit finanzieller Beteiligung der Bürger vorangetrieben werden. 250 bis 500 Millionen Euro soll die Hamburger Hochbahn über Anleihen, sogenannte ‚Green Bonds‘ einnehmen, um die Ausbaupläne zu realisieren. Bürgerinnen und Bürger, aber auch Investoren, hätten mit den "Green Bonds" die Möglichkeit, ihr Geld zu festen Zinsen nachhaltig, sinnvoll und sicher anzulegen - und die Hochbahn könne ihren Ausbau finanzieren.

Im Bereich des Öffentlichen Nahverkehrs soll ein HVV-Ticket für Schülerinnen und Schüler eingeführt werden. Ebenso wie ein günstiges "Jobstarter-Ticket" für Auszubildende, ähnlich

dem Semester-Ticket für Studierende. Weiterhin werden Vereinfachung und Veränderungen im HVV-Tarifsystem angestrebt. Beim Thema Verkehr gab es in den Verhandlungen auch einige Knackpunkte. Die Innenstadt wird nur in Teilen ‚autofrei‘ oder ‚autoarm‘, etwa am Jungfernstieg, darauf hat die SPD gedrungen. Bei der zukünftigen Verkehrsgestaltung einigten sich die Koalitionspartner auf Sperrung des Jungfernstiegs für den motorisierten Individualverkehr, eine schrittweise Verlagerung der Buslinien von der Mönckebergstraße in die Steinstraße und eine individualverkehrsfreie Neugestaltung des Burchardplatzes. Diskutiert werden soll noch ob und in welchem Umfang der Autoverkehr in den Großen Bleichen und auf dem Neuen Wall gestaltet werden soll. Alle Maßnahmen sollen mit Geschäftsinhaberinnen und -inhabern, und Grundeigentümerinnen und -eigentümern und den Anwohnerinnen und Anwohnern diskutiert werden.

Um Alternativen zum Autoverkehr zu erproben, soll es künftig pro Jahr einen Testversuch wie etwa "Ottensen macht Platz" geben. Dabei soll es allerdings nicht nur um autofreie Zonen gehen. Stattdessen könnte es auch vermehrt sogenannte "Pop-up-Bike-Lanes" geben. Dabei handelt es sich um kurzfristig hergestellte Radfahrspuren auf den Straßen.

Eine erfolgreiche Umsetzung einer neuen, modernen Mobilität, hängt auch davon ab, wie in den Ausbau des Radwegenetzes investiert wird. Nach dem in der letzten Legislaturperiode der Ausbau von mindestens 50 Kilometer







Ausbau der Radwege angestrebt waren, formulierten die Koalitionspartner für die kommende Legislatur den Kompromiss von 60 bis 80 Kilometer neue Radwege pro Jahr.

Fest steht, die A 26-Ost, die sogenannte Hafepassage, wird gebaut. Wir als Hamburger SPD haben immer sowohl den Bau der Hafepassage wie auch eine neue Köhlbrandquerung für wirtschaftlich und verkehrspolitisch dringend notwendig erachtet. Darüber hinaus sorgt die A 26-Ost für eine wichtige Entlastung für den Verkehr im Hamburger Süden und eine verbesserte Anbindung der südlichen Hafeflächen. Die alte Köhlbrandbrücke soll, voraussichtlich, durch einen Tunnel inklusive einer Innovationstrasse ersetzt werden.

Auch beim Thema Hafen und Wirtschaft ist deutlich die Handschrift der Hamburger Sozialdemokratie zu erkennen. Anders als von den Grünen gefordert, soll der Stadtteil Moorburg nicht aus dem Hafenentwicklungsgebiet genommen werden.

Die Koalitionspartner bekennen sich zum Industriestandort und wollen diesen stärken. Die Unternehmen der Mineralölverarbeitung, Metallherzeugung und Metallbearbeitung, Medizin-, IT- und Elektrotechnik, Fahrzeugbau sowie der Luftfahrt- und Schiffbauindustrie sind ein wichtiger Bestandteil der Hamburger Wirtschaft. Hamburg setzt auch in Zukunft auf große Industriebetriebe und wird ihnen gute Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen. Weiterhin wollen die Koalitionäre mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen gewährleisten, mit denen Arbeitsplätze gesichert und klimaschonende Innovationen gefördert werden.

Dazu soll eine umfassende „Initiative Mittelstand Hamburg“ ins Leben gerufen werden, die gemeinsam mit dem Mittelstand Ideen und Konzepte für die großen standortpolitischen Zukunftsthemen Innovation, Digitalisierung, Klimaschutz und Entrepreneurship entwickelt.

Anknüpfend an den erfolgreichen „Masterplan Handwerk 2020“ wird ein „Masterplan Handwerk 2030“ aufgelegt, um die Rahmenbedingungen für das Handwerk in Zeiten der Digitalisierung mittel- bis langfristig in der Stadt zu stärken und konkrete Maßnahmen zwischen Handwerkskammer und Senat zu vereinbaren.



Für den „Helmut-Schmidt-Flughafen Hamburg“ wurde vereinbart, die Betriebsregeln und -zeiten nicht zu verändern. Für diese Position stand die SPD in Hamburg. Die Fluglärmbelästigung Flughafen darf sich aber auch zukünftig nicht erhöhen und das CO<sub>2</sub>-Budget von 2019 auch künftig nicht mehr überschreiten. Zudem soll es eine CO<sub>2</sub>-abhängige Komponente des Flughafenentgelts geben, mit dessen Einnahmen umweltfreundliche Kraftstoffe entwickelt werden sollen. Laut Vertrag soll es erst einmal "keine Maßnahmen zur Erweiterung der luftseitigen Kapazität des Flughafens" geben.

Bei der Gestaltung des bisherigen Kohlekraftwerk Moorburg setzte sich die SPD mit einer bereits im Wahlkampf von Bürgermeister Peter Tschentscher propagierten Idee durch. Das Kraftwerk soll aus der Kohleverfeuerung aussteigen. Dahinter steht die Idee des Ersten Bürgermeisters die Hälfte des Kraftwerks abzuschalten und die andere Hälfte auf ein modernes Gas-und-Dampf-Kraftwerk umzurüsten und zugleich den Standort zu nutzen für grünen Wasserstoff. In diesen Umbau soll die Fernwärme integriert werden.

Im Bereich Klimaschutz einigte man sich darauf, dass Hamburg noch ehrgeiziger werden



wolle als bisher. Hamburg soll zu einer Modellstadt für den Klimaschutz gemacht werden. Um das 1,5-Grad-Ziel von Paris zu erreichen, muss Hamburg deutlich vor 2050 klimaneutral werden.

In der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Familienpolitik wollen die Koalitionäre weiterhin bezahlbaren Wohnraum schaffen, eine beitragsfreie Grundversorgung in der Kita anbieten und für gerechte Bildungschancen und einen kostenlosen Ganztagsunterricht in der Schule sorgen sowie für Ausbildungsplätze und ein Studium ohne Gebühren. Wer Unterstützung braucht, bei der Arbeitssuche, als Familie oder bei der Wohnungssuche, als Kind in der Kita oder Schule, beim Spracherwerb, bei der Ausbildung oder Arbeitssuche soll diese bekommen. Inklusion verstehen die Parteien als gerechte und gleiche Teilhabe für alle, möglichst immer in allen Lebenslagen. Niemand sollte länger als nötig auf fremde Hilfe angewiesen sein, sondern das eigene Leben so eigenständig selbstbestimmt in die Hand nehmen können. Daher will der zukünftige Senat auch weiterhin Armut nachhaltig bekämpfen.

An diesem Kurs richtet sich die Sozial-, Arbeitsmarkt- und Familienpolitik unter der Sozialsenatorin Dr. Melanie Leonhard (SPD) aus, politikfeldübergreifend und aufeinander abgestimmt, sozialraumorientiert in allen Nachbarschaften und mit dem Ziel die Regelsysteme wirksam, bürgernah und inklusiv weiter zu entwickeln. SPD und Grüne streben an, die Sozialraumorientierung der Politik weiter voran zu treiben, um individuelle staatliche Hilfen enger mit Entwicklung und Nutzung der sozialen Ressourcen im Stadtteil zu verknüpfen.

In der Hochschulpolitik hatten sich beide Parteien für eine kräftige Steigerung der Hochschulfinanzierung ausgesprochen. Beide Parteien einigte sich darauf, dass die Hochschulen einen jährlichen Ausgleich für Tarifsteigerungen und Inflation von maximal zwei Prozent erhalten und zudem weitere Mittel für Neubauten und Gebäudesanierung. Man sich

darauf, in den kommenden zwei Jahrzehnten 2,6 Milliarden Euro in den Hochschulbau zu investieren. Die Hochschulen erhalten dadurch zusätzliche Unterstützung und Planungssicherheit. Dieses Gesamtpaket entspricht in etwa einer jährlichen Steigerung von rund drei Prozent.

Zudem soll in der Hansestadt ein modernes Naturkundemuseum entstehen. Dort soll unter anderem die naturkundliche Sammlung der Universität präsentiert werden.

Bei dem Thema Kultur haben sich die Koalitionsparteien darauf geeinigt, dass es in der aktuellen Situation zunächst darum geht die Sicherheit der Strukturen und Sicherheit künstlerischer und kultureller Arbeit auch in Zukunft zu gewährleisten. Daher werde es keine Einsparungen bei den Theatern geben, die Modernisierung der Museen gehe weiter, und auch die Freie Szene solle neue Impulse bekommen.

Dabei will Kultursenator Carsten Brosda (SPD) den Impuls der Elbphilharmonie für die Kulturstadt Hamburg verstärken, indem die Förderinstrumente ausgebaut werden. Auch solle das "Haus der digitalen Welt", also eine Kombination aus Zentralbibliothek, Volkshochschule und digitaler Kommunikation, umgesetzt werden. Realisiert soll auch die Konzerthalle am Diebsteich.

In der Innenpolitik will man entschlossen den Kampf gegen Rechtsextremismus und -terrorismus fortzusetzen. Großes Gewicht soll zukünftig auch das Thema Kriminalität im Internet bekommen. Einig war man sich darüber, dass Polizei und Feuerwehr in Hamburg weiter gestärkt werden. Bereits laufende Personalaufbau-Programme werden fortgesetzt. Auch über die Errichtung neuer Feuer- und Rettungswachen war man sich einig.

Mit dem neuen Koalitionsvertrag ändern sich auch der Zuschnitt der Behörden und die Zusammensetzung des Senats. Die SPD steht auch weiterhin für Kontinuität



und Verlässlichkeit. Neben Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher bleiben alle Senatsmitglieder an Bord. Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks hatte bereits im Vorfeld bekannt gegeben, aus dem Amt zu scheiden. Ihre Behörde wird nun aufgeteilt, wobei der Bereich Gesundheit in die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration unter der Senatorin Dr. Melanie Leonhard (SPD) wechselt. Das Thema Verbraucherschutz wird der Justizbehörde zugeschlagen. Weiterhin entsteht eine neue "Behörde für Verkehr und Mobilitätswende" unter grüner Führung. Mit dem nun vorliegenden Koalitionsvertrag, der eine deutliche sozialdemokratische Handschrift trägt, zeigen die Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten deutlich, dass das Leben in Hamburg für alle bezahlbar bleibt, und sie auch weiterhin die ganze Stadt im Blick haben.

### Kommentar zum Koalitionsvertrag und zur Senatsbildung

Von: Jens Schwieger

Selten ist so viel Zeit vergangen zwischen einer Wahl und dem Abschluss der Koalitionsverhandlungen, nicht weil es so schwierig war, nein, die Corona-Pandemie verhinderte lange Zeit die Gespräche. In dieser Zeit konnten der Erste Bürgermeister und die SPD-Senatoren dann allerdings ihre Qualität beweisen.

Vielleicht ist es nötig, auf die Entstehung eines solchen Vertrages hinzuweisen, gedacht für diejenigen, die sagen „aber dieser oder jener Punkt unseres Wahlprogrammes findet sich nicht wieder“. Das kann auch nicht sein, denn der Vertrag ist der Kompromiss aus zwei Wahlprogrammen. Und so finden sich Punkte, über die man sich nicht einigen konnte, darin nicht wieder.

An dem Koalitionsvertrag, deren 205 Seiten ich auch nicht alle gelesen habe, habe ich



selbst keine schwierigen Punkte gefunden. Auch auf den zwei Videokonferenzen am 3. und 4., an denen über 200 Delegierte teilgenommen haben, hat es keine fundierte Kritik gegeben, ganz im Gegenteil – das Verhandlungsergebnis wurde gelobt. Erinnern wir uns daran, dass die Grünen die Erste Bürgermeisterin stellen und auf Augenhöhe verhandeln wollten. So war es erst einmal eine schwierige Aufgabe, sie auf den Boden eines 20%-Abstandes runter zu holen.

Lasst mich kurz auf den Teil eingehen, der sich mit dem Arbeitsmarkt beschäftigt. Hier gibt es völlig neue Herausforderungen durch Corona mit steigenden Arbeitslosenzahlen als in der letzten Legislatur, in der ich diesen Bereich als Abgeordneter bearbeitete. Trotzdem bin ich froh, dass im Vertrag das Ziel von 1000 öffentlich geförderten Beschäftigten durch das Teilhabechancengesetz gesetzt wird, und zusätzlich die Einrichtung eines Hamburger Arbeitsmarktprogrammes verabredet worden ist.

Einige Diskussionen sind ausgelöst worden durch einen Ansatz, die Deputationen durch andere Beteiligungsinstrumente zu ersetzen. Auch wenn der Vorschlag von der Grünen Seite kam, kann ich dem schon etwas abgewinnen, sind die Deputationen schon durch ihre Zusammensetzung aus (verdienten) Parteimitgliedern kein wirksames öffentliches Beteiligungsgremium.

Eine heftige Auseinandersetzung gab es aber über den Personalvorschlag des Ersten Bürgermeisters, der nicht quotiert ist. Ich darf





daran erinnern, dass es bei der Regierungsbildung 2011 einen völligen Neustart gab, der einen quotierten Vorschlag erleichtert hat. Leider ist die Kultursenatorin Barbara Kisseler verstorben und mit Hilfe der Kulturszene durch ihren Staatsrat Carsten Brosda ersetzt worden. Und die Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks hatte schon gleich nach der Wahl gesagt, dass sie in den Ruhestand gehen wolle.

Ich erinnere mich aber aus der letzten Legislatur, dass Peter Tschentscher alle freierwerdenden Stellen durch Staatsrätinnen, Verfassungsrichterin, Ehrenbürgerin, Berlin-Beauftragte (2x) usw. mit Frauen besetzt hat, und auch Melanie ist aufgefordert, die zweite Staatsrätin, die sie jetzt bekommen soll, weiblich zu besetzen. Insofern kann ich nachvollziehen, dass er erst einmal mit den bisherigen Senatoren weiterarbeiten möchte. Und ich wiederhole es gerne: wem haben wir im Wesentlichen den Wahlerfolg zu verdanken?

Die Forderungen, die jetzt erhoben werden, verlangen vom Ersten Bürgermeister etwas, was wir selbst auf allen Parteebenen nicht schaffen:

Wir haben 7 männliche Kreisvorsitzende, wir haben in nur 2 von 17 Wahlkreisen Frauen auf Platz 1 gesetzt, in der Wandsbeker Bezirksfraktion und -versammlung gibt es von der SPD einen BV-Vorsitzenden, einen Fraktionsvorsitzenden, einen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und einen parlamentarischen Geschäftsführer, alles Männer.

Und schauen wir uns unseren Vorstand an! Insofern finde ich es wohlfeil, von unserem Ersten Bürgermeister etwas zu verlangen, was wir selbst auf unterster Ebene nicht schaffen.

### **Peter Tschentscher, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg:**

„Mit der Zustimmung der SPD zum Koalitionsvertrag und zum Personalvorschlag für den Senat ist der Weg frei für die Wahl des Ersten Bürgermeisters und die Berufung des

Senats für die 22. Legislaturperiode. Ich bedanke mich für die Unterstützung der Delegierten und freue mich, dass die Zustimmung jeweils mit deutlicher Mehrheit erfolgt ist. Hamburg steht in der Corona-Krise weiterhin vor großen Herausforderungen, die wir mit Zuversicht angehen und erfolgreich bewältigen wollen. Die Regierungsarbeit in den kommenden Jahren steht unter dem Motto „Hamburgs Zukunft kraftvoll gestalten“. Sie trägt mit den im Koalitionsvertrag formulierten politischen Linien und Projekten eine klare sozialdemokratische Handschrift und wird die gute Entwicklung unserer Stadt weiter voranbringen.“



**SPD-Fraktion Bezirksversammlung Wandsbek**  
Schloßstraße 12 | 22041 Hamburg  
Telefon: 682 67 784  
E-Mail: [spdfraktion-wandsbek@t-online.de](mailto:spdfraktion-wandsbek@t-online.de)



**SPD-Kreisbüro Wandsbek**  
Schloßstraße 12 | 22041 Hamburg  
Telefon: 689 44 511  
E-Mail: [hh-wandsbek@spd.de](mailto:hh-wandsbek@spd.de)



**SPD-Landesorganisation Hamburg**  
Kurt-Schumacher Allee 10 | 20097 Hamburg  
Telefon: (040) 280 848 - 0  
Fax: (040) 280 848 - 18  
E-Mail: [kontakt@spd-hamburg.de](mailto:kontakt@spd-hamburg.de)